

Apropos 32:

Geist, Geld und Käse

Werden wir richtig informiert? Nur wenn wir den Guru unserer eigenen individuellen Vernunft in der richtigen Weise wirksam werden lassen. Das heißt: wenn wir uns um die nötigen Informationen bemühen und sie *denkend* verarbeiten. Sonst laufen wir Gefahr, von Medien, Behörden oder auch Wissenschaftlern (manchmal absichtlich) in die Irre geführt zu werden. So wie es zum Beispiel George W. Bush und seine Administration nicht nur beim Irakkrieg getan haben – was in dieser Kolumne für manche Leser vielleicht schon bis zum Überdruß belegt worden ist.

Das entsprang und entspringt nicht einer willkürlichen Liebhaberei. Denn das, was Rudolf Steiner «Amerikanismus» nennt, ist zurzeit die wichtigste der drei Strömungen (neben Jesuitismus und Bolschewismus), die die Menschheitsentwicklung (be)hindern. Und die Vorgänge um die Bush-Administration sind besonders symptomatisch für diese Strömung. Sie bieten auch ausgezeichnetes Anschauungsmaterial für das, was Steiner als die beiden Hauptaufgaben unserer Kulturepoche bezeichnet hat: das Erkennen des Bösen und das Vertrautmachen möglichst vieler Menschen mit der Reinkarnationsidee.

Unschuldig in der Folterhöhle

«Amerikanismus» als «Furcht vor dem Geistigen», als «Sehnsucht, nur mit dem physisch-sinnlichen Plan zu leben», ist selbstverständlich nicht auf die USA beschränkt, er lebt auch anderswo.

Zum Beispiel in Deutschland, wo die abgewählte rot-grüne Regierung beim Kurnaz-Skandal zugeben muss, dass auch sie nur mit Wasser gekocht hat. Gerhard Schröder hat sich als deutscher Bundeskanzler mutig gegen Bushs illegitimen und illegalen Irakkrieg gestellt und die Menschenrechte und das Völkerrecht durch dick und dünn verteidigt. Das jedenfalls war das von ihm gezimmerte Image. Nun kam aus, dass die «Schröder-Administration» einen Unschuldigen jahrelang in der Folterhöhle von Guantanamo schmoren ließ, obwohl sie die Möglichkeit gehabt hätte, ihn herauszuholen. Der in Bremen geborene Türke Murat Kurnaz war im November 2001 in Pakistan festgenommen und gegen ein Entgelt US-Soldaten in Afghanistan übergeben worden. Im Februar 2002 wurde er nach Guantanamo gebracht, wo er bis August 2006 ohne Prozess saß und nach eigenen Angaben auch gefoltert wurde. «Der junge Muslim hatte sich vor seiner plötzlichen Abreise

nach Pakistan – angeblich zum Zwecke des Besuchs einer Koranschule – religiös radikalisiert und stand in Kontakt zu Islamisten. Vor, während und nach seiner Internierung wurde kein einziger konkreter Tatvorwurf gegen Kurnaz erhoben. Die Ermittlungen in Deutschland und in Guantanamo blieben ohne Anhaltspunkte für eine Straftat und wurden ergebnislos eingestellt.»

Bürokraten-Schlaumeierei

Deutsche Medien berichteten, «Bundesnachrichtendienst (BND), Verfassungsschutz, Innenministerium und Bremer Innenbehörde hätten aktiv daran gearbeitet, eine Rückkehr von Kurnaz zu verhindern. (...) Führende Politiker und Beamte in Innenministerium, Kanzleramt und Geheimdiensten seien nach einem amerikanischen Angebot, Kurnaz unter bestimmten Bedingungen freizulassen, zu dem Schluss gekommen, dass eine Wiedereinreise unerwünscht und zu verhindern sei.»¹ Schon «Ende November 2002 sei ein amerikanisches Angebot abgelehnt worden, Kurnaz zurückzuschicken, nachdem monatelange, von Folter begleitete Verhöre keine verwertbaren Vorwürfe ergeben hatten». Damit Kurnaz unter keinen Umständen wieder nach Deutschland zurückkehren konnte, wurden deutsche Bürokraten aktiv: Die Bremer Innenbehörde hob im Sommer 2004 die dauerhafte Aufenthaltserlaubnis für den Bremer Einwohner auf mit der schlaumeierischen Begründung, «Kurnaz habe sich mehr als ein halbes Jahr lang im Ausland aufgehalten» – wobei ein Beamter freudig anmerkte, im Gesetz stehe nichts davon, dass das für unfreiwillige Aufenthalte nicht gelte ... Die Verantwortung für den Entzug der Aufenthaltserlaubnis sollte dem Rechtsanwalt von Kurnaz zugeschrieben werden, «der es versäumt habe, die Verlängerung in Abwesenheit zu beantragen» (!). Über das Bundesamt für Verfassungsschutz sollten die Amerikaner außerdem gebeten werden, «die Aufenthalts-Vignette im Reisepass von Kurnaz «physikalisch ungültig» zu machen»¹. Das Bremer Verwaltungsgericht machte den Bürokraten einen Strich durch die Rechnung, indem es 2005 den geschilderten Verwaltungsakt aufhob.

Darf man Unschuldige der Staatsraison – oder was man dafür hält – opfern?

Ein gerüttelt Maß an Verantwortung für diese Affäre trägt der damalige Chef des Kanzleramtes und heutige

deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der deshalb auch unter argen politischen Beschuss (bis zur Forderung nach Rücktritt) gekommen ist. Nun ist ja möglich, dass einzelne Akteure ihr egoistisches parteipolitisches Süppchen in dieser Sache kochen. Dennoch ist das Ganze ein Skandal. Claudia Roth, die Vorsitzende der deutschen Grünen hat nicht Unrecht, wenn sie eine «Entschuldigung» für angebracht hält: «Es sind ganz offenkundig Dinge passiert, die sich mit einer glaubwürdigen Menschenrechtspolitik nicht vereinbaren lassen», sagte die frühere Menschenrechtsbeauftragte¹. Der Außenminister wird auch gewiss nicht zurücktreten müssen, denn eine große Mehrheit der Deutschen ist noch immer der Ansicht, «es sei richtig gewesen, den in Guantanamo inhaftierten Murat Kurnaz aus Sorge um die Sicherheit nicht nach Deutschland einreisen zu lassen»². Der frühere Kanzleramtschef kann deshalb dabei bleiben: «Ich würde mich heute nicht anders entscheiden.» Er begründete seine Entscheidung mit der «Einstufung von Kurnaz als Sicherheitsproblem durch die deutschen Behörden. Man muss sich ja nur vorstellen, was geschehen würde, wenn es zu einem Anschlag gekommen wäre», so der heutige Außenminister, «und nachher stellte sich heraus: Wir hätten ihn verhindern können.»³ Da nützt es auch wenig, wenn Herr Steinmeier gleichzeitig äußert: «Die lange Leidensgeschichte von Herrn Kurnaz in Guantanamo ist erschütternd. Das lässt auch mich nicht kalt.»⁴ Tatsache ist, dass Murat Kurnaz offensichtlich völlig unschuldig ist. Er war als Muslim zur falschen Zeit am falschen Ort, hat aber nichts Unrechtes oder Strafbares getan. Ob das reicht, um einen Menschen der «Staatsraison» (respektive der eigenen Absicherung) opfern zu dürfen? Und wenn man es getan hat: Müsste man dann im jetzigen Moment nicht hinstehen und feststellen, dass es falsch war, weil man selber ein Opfer der grassierenden Antiterror-Hysterie geworden war und deshalb den Geist, das eigene lebendige Denken, nicht richtig anwenden konnte? Das würde immerhin von einer gewissen Größe zeugen. Und wenn Altkanzler Schröder sich in dieser Sache voll hinter Steinmeier stellt, dann lüftet das auch seinen Schleier etwas – vor allem wenn er sich damit herausredet, «dass er davon ausging, dass im Gefangenenlager Guantanamo alles mit rechten Dingen vor sich ging. Dass ihm das ernsthaft jemand abnimmt, glaubt er wohl selbst nicht. Zu viel Belege gibt es, dass Reden und Handeln der Regierung Schröder in Menschenrechtsfragen nicht immer identisch waren. Ein Beispiel ist der Umgang mit den von der CIA initiierten Entführungen. Der damalige US-Botschafter Daniel Coats unterrichtete Innenminis-

ter Otto Schily davon – ohne dass dies Konsequenzen hatte. So erweist sich Schröders Einstehen für Steinmeier letztlich als doppelzünftig. Die Beachtung völkerrechtlicher Prinzipien, wie der Altkanzler sie einfordert, sieht anders aus.»⁵

Die besondere Pointe dieser Geschichte: Angela Merkel, die 2003 – wenn es ihr möglich gewesen wäre – deutsche Soldaten in den Irakkrieg geschickt hätte und als Bundeskanzlerin mit George W. Bush kungelt, hat nach ihrem Machtantritt den «Bremer Taliban» Kurnaz aus Guantanamo nach Deutschland geholt ...

Bio-Käse als Klima-Killer

«Amerikanismus» gibt es – zum Beispiel – auch in der Schweiz. Mit fast religiöser Inbrunst ist der «Kampf gegen den Klimawandel» entbrannt (respektive von gewissen Kreisen lanciert worden). Um Missverständnisse zu vermeiden: Selbstverständlich besteht da ein Problem, das schon längst energischer hätte angepackt werden müssen – allerdings mit Bedacht und Vernunft, nicht mit Hysterie. Denn bei letzterer wird zwar am Schluss «gehandelt», aber dabei bleibt der Geist, das Denken, auf der Strecke. Beispielsweise so: «Klimabewusstsein beginnt beim Essen. Transport und Verpackung, so die landläufige Meinung, belasten die Umwelt. Stimmt. Aber noch belastender als der Import ägyptischer Bohnen und amerikanischer Spargeln ist Tierisches vom heimischen Bauernhof – Joghurt, Eier, Fleisch. Am schlimmsten ist Käse.» Dies – heißt es weiter – gehe aus einer Studie hervor, die Umweltauswirkungen von Lebensmitteln untersuchte. «Demnach entstehen bei der Herstellung eines Kilos Fleisch Treibhausgase, die 5,05 Kilo CO₂ entsprechen, bei der Produktion eines Kilos Käse gar 8,35 Kilo CO₂.» Verantwortlich für die schlechte Öko-Bilanz des Naturprodukts Käse seien die «Milchkühe, die viel vom starken Treibhausgas Methan produzieren. Für ein Kilo Käse sind bis zu zehn Kilo Milch nötig. Die Methanproduktion der Kühe strapaziert das Klima mehr als die Verbrennung von Kerosin, das zum Transatlantikflug eines Kilos Lebensmittel nötig ist. (...) Beim Transport eines Kilos Weizen von den USA nach England per Luftfracht entstehen knapp 3,2 Kilo CO₂.» Ganz besonders schlimm: «Umweltbelastender als der Konsum von Käse ist nur jener von Bio-Käse. Biologisch gehaltene Kühe geben weniger Milch als herkömmliche, erzeugen aber fast gleich viel Methan.»⁶ Also – wird der aufmerksame Leser schließen müssen – ist Bio-Käse aus ökologischen Gründen zu verbieten, wenn wir nicht riesige Überschwemmungen, Dürren usw. riskieren wollen ...

Bürgerkrieg im Irak

Die schlimmsten Klimasünder sind – Bio-Käse hin oder her – zweifellos die Vereinigten Staaten von Amerika – vor allem auch unter der jetzigen Regierung, die noch bis vor kurzem bestritten (und Wissenschaftler schamlos zensiert) hat, dass es überhaupt ein Problem gibt. Bei der Bush-Administration scheint es auch typisch, dass die schlimmsten Befürchtungen immer noch übertroffen werden. Nachdem das Weiße Haus seit Monaten bestreitet, dass im Irak ein Bürgerkrieg im Gang sei, heißt es nun in einem nur zu einem kleinen Teil veröffentlichten Geheimdienst-Bericht, in den kommenden eineinhalb Jahren werde es im Irak «zunehmend gefährlich». Dort herrsche inzwischen ein «Bürgerkrieg», auf den die USA kaum Einfluss hätten. Der Begriff «Bürgerkrieg» sei für manche Schlüssel-Aspekte des Irakkonflikts angemessen, die «Polarisierung in der Bevölkerung» nehme zu, meinen die Geheimdienstexperten. Die USA hätten auf die Lage im Irak nur wenig Einfluss, steht in dem im August 2006 vom Kongress angeforderten US-Report. Die Gefahr einer weiteren Eskalation sei auch wegen der «Schwäche der irakischen Sicherheitskräfte» sehr groß⁷.

Warum sich die USA zurückziehen müssen

Noch weiter geht der Irak-Experte Edward Luttwak vom *Center for Strategic and International Studies* in Washington; er meint, die USA sollten sich aus dem Irak zurückziehen; dann sei eine Stabilisierung des Landes von innen her möglich. Allerdings könne der irakische Ministerpräsident Nuri al-Maliki seine den USA gegebenen Zusagen unmöglich einhalten. Um der irakischen Armee und Polizei die Entwaffnung der schiitischen Milizen zu befehlen, «müsste al-Maliki ein Stalin oder zumindest Saddam Hussein sein, der Soldaten und Polizisten so lange terrorisieren kann, bis sie seinen Befehlen und nicht den Milizen gehorchen, mit denen sie sympathisieren. Al-Maliki besitzt keine entsprechende Autorität in der irakischen Armee oder Polizei, tatsächlich hat er selbst in seinem Kabinett kaum welche. Dessen 39 Mitglieder repräsentieren mehrheitlich sektiererische Parteien mit eigenen Milizen.»² Genau genommen ist die Lage sogar noch auswegloser. Denn einzig die kurdischen Milizen gehorchen ihren politischen Führern. Al-Maliki «ist kein zweiter Mahatma Gandhi, sondern ein Spitzenmann der sektiererischen Partei al-Dawa. Er spricht als militanter Schiit und bedroht sunnitische Parlamentarier sogar persönlich.» Es wäre schon viel, wenn es ihm gelänge, «sich mit seinen schiitischen Rivalen zu versöhnen, von den sunnitischen gar nicht zu reden. Ein Disengagement der USA machte Schiiten wie Sunniten selbst für ihre Sicherheit verantwortlich, «so

wie es für die Kurden seit jeher gilt. (...) In jedem Fall ist es Zeit, dass die Iraker ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen.»²

Ein Bombenleger im Parlament

Wenig verwunderlich ist die vom amerikanischen Militärgeschichtsdienst stammende CNN-Meldung, dass im irakischen Parlament ein zum Tode verurteilter Bombenleger sitzt: «Jamal Jafaar Mohammed gehört zur Regierungskoalition von Ministerpräsident Nuri al-Maliki.» Er «soll im Dezember 1983 an Bombenanschlägen auf die amerikanische und französische Botschaft in Kuwait beteiligt gewesen sein. Bei den Attentaten wurden fünf Menschen getötet, 86 weitere verletzt. Ein kuwaitisches Gericht verurteilte Mohammed 1984 zum Tode, der mutmaßliche Attentäter war zuvor jedoch untergetaucht. Westliche Geheimdienste beschuldigen Mohammed zudem, in die Entführung eines kuwaitischen Flugzeuges im Jahr 1984 und die versuchte Ermordung eines kuwaitischen Prinzen verwickelt zu sein. Washington glaube, dass Mohammed heute schiitische Milizen unterstützt und im Auftrag der iranischen Regierung spionierte.»⁸ Mohammed ist derzeit vor Strafverfolgung geschützt, da er als Abgeordneter Immunität genießt.

Was Zbigniew Brzezinski meint

«Das Unternehmen Irak ist gescheitert», sagte der Politologe Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter, in einem Interview. Amerika sei «unabsichtlich in die Rolle einer verspäteten Kolonialmacht geraten. Und zwar in einer Region, die eben erst vom Kolonialismus befreit wurde und noch immer von immensen antikolonialen Aufwallungen in Kombination mit religiösen Leidenschaften geprägt ist.» Die Invasion im Irak sei wahrscheinlich «das größte außenpolitische Desaster in der amerikanischen Geschichte. (...) Wir haben zwar schon hie und da Rückschläge erlebt, aber wir waren nie zuvor die einzige Supermacht. Schon jetzt hat der Irakkrieg die globale Legitimität amerikanischen Handelns infrage gestellt, die amerikanische Glaubwürdigkeit unterminiert und die Vereinigten Staaten in einen Konflikt ohne erkennbares Ende verwickelt. Und dann droht auch noch die Gefahr der Ausdehnung auf Iran. (...) Iran ist zur wichtigsten Regionalmacht geworden. Das ist neu, denn wir haben den Irak als Gegengewicht zerstört.» In die Ohren seiner Landsleute meint er: «Es gibt ja ein paar Leute in Amerika, die sich nach einer Militäraktion gegen Iran zu sehnen scheinen. (...) Die Konsequenz wäre Chaos in der ganzen Region; wahrscheinlich wären die Folgen für die Weltwirtschaft aufgrund eines explodierenden Ölpreises gewaltig; Amerika

wäre langfristig in militärische Konflikte nicht nur im Irak, sondern in Iran, wahrscheinlich auch in einen eskalierenden Konflikt in Afghanistan verstrickt und müsste mit unkalkulierbarer Instabilität in Pakistan rechnen. Alles zusammen würde den amerikanischen Einfluss in der Welt gewaltig reduzieren.» Wie es zu dieser Situation gekommen ist? «Es gab mehrere grundlegende Fehleinschätzungen über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren. Die Entscheidung für den Krieg war der Höhepunkt. Man darf auch nicht die psychologischen Folgen des Terroranschlags vom September 2001 vergessen. Die wurden dann benutzt, um eine Atmosphäre der Angst und der Unsicherheit in Amerika entstehen zu lassen. Nur in dieser Atmosphäre wurde die öffentliche und parlamentarische Zustimmung zum Krieg möglich.» Brzezinskis Schlussfolgerung (und Prophetie?): «Die amerikanische Militärmacht ist so stark wie eh und je und übertrifft alles. (...) Dasselbe gilt für die wirtschaftliche Macht. Aber Amerika zahlt einen heftigen Preis, wo es um Legitimität und Glaubwürdigkeit geht. (...) Außerdem gibt es im Land dieses merkwürdige Gefühl der Unsicherheit und Angst. Ich fürchte ganz einfach die Beeinflussbarkeit durch Demagogen, besonders nach einem weiteren Terroranschlag.»⁹

Es sei daran erinnert, dass Brzezinski sich noch heute rühmt, Präsident Carter dazu gebracht zu haben, die Sowjets in die «Afghanistanfalle» zu locken, indem er die CIA Bin Laden und die Taliban aufrüsten ließ! Auch sei der Hinweis auf das aufschlussreiche Buch des Amerikaners Robert Dreyfuss erlaubt, der akribisch nachweist, wie zunächst die Briten und nach dem Zweiten Weltkrieg die Amerikaner den fundamentalistischen Islam (z.B. Muslim-Brüderschaft, iranische Ayatollahs) unterstützt und zur Durchsetzung imperialer Interessen benützt haben ...¹⁰

Aufwand und Ertrag

Die US-Regierung plant, beim Kongress für die Einsätze im Irak und in Afghanistan bis Oktober 2008 weitere 230 Milliarden Dollar zu beantragen. Davon sollen 93 Milliarden Dollar noch für dieses Haushaltsjahr verwendet werden. Damit würde sich das für 2007 veranschlagte Geld für die beiden Konflikte auf insgesamt etwa 170 Milliarden Dollar erhöhen. (Eingespart werden sollen dagegen Kosten bei Krankenversicherungsprogrammen – vor allem für Arme und Kinder.¹²) Insgesamt würden die Ausgaben auf insgesamt 745 Milliarden Dollar seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 steigen. Damit hätten die USA mehr Geld für die Kriege im Irak und in Afghanistan ausgegeben als für den Vietnamkrieg. Die neuen Ausgaben kommen zu den regulären

Verteidigungsausgaben hinzu. Diese werden im Haushaltsjahr 2008 481 Milliarden Dollar betragen – zehn Prozent mehr als 2007¹¹. Laut William Nordhaus von der Yale University könnten sich allein die Kosten für den Irakkrieg auf bis zu 1,9 Billionen Dollar addieren¹³. Diese Ausgaben des amerikanischen Steuerzahlers müssten auch in Beziehung gesetzt werden zu jenen Millionen Menschen, die in den USA an Hunger leiden (vgl. die beiden letzten Kolumnen).

Diesem Aufwand des amerikanischen Steuerzahlers steht andernorts auch ein Ertrag gegenüber. Zum Beispiel: Der weltgrößte Rüstungskonzern Lockheed Martin (in Maryland) hat die Gewinne kräftig erhöht. Das Unternehmen legte in allen Geschäftssparten zu. «Der Konzern steigerte den Jahresgewinn auf 2,5 Mrd. \$ (1,9 Mrd. Euro) gegenüber 1,8 Mrd. \$ im Vorjahr. Der Gewinn je Aktie legte deutlich auf 5,80 (Vorjahr: 4,10) \$ zu. Der Jahresumsatz stieg um sechs Prozent auf 39,6 Mrd. \$.»¹⁴ Lockheed Martin bietet unter anderem Kampfflugzeuge, Raketen, integrierte Rüstungssysteme usw. an. Oder: Der Ölkonzern Exxon Mobil im US-Bundesstaat Texas weist ungeachtet eines schwächeren vierten Quartals für das gesamte vergangene Jahr eine glänzende Bilanz aus. Der weltweit größte Ölkonzern verdiente 2006 fast zehn Prozent mehr und erreichte damit einen Rekordgewinn von 39,5 Milliarden Dollar. Das sei der höchste Jahresgewinn in der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte.¹⁵ Und: Der zweitgrößte amerikanische Ölkonzern Chevron (Kalifornien) hat im vergangenen Jahr dank der hohen Ölpreise 17,1 Milliarden Dollar (13,3 Mrd Euro) verdient; 2005 hatte der Gewinn 14,1 Milliarden Dollar betragen. Der Jahresumsatz legte auf 204,9 (Vorjahr: 193,6) Milliarden Dollar zu.¹⁶

Boris Bernstein

1 www.faz.net 19.1.2007

2 www.welt.de 2.2.2007

3 *Spiegel Online*, 27.1.2007

4 www.faz.net 24.1.2007

5 www.netzeitung.de 2.2.2007

6 *SonntagsZeitung*, Zürich, 4.2.2007

7 *Die Welt* 2.2.2007

8 *Spiegel Online*, 6.2.2007

9 *Die Zeit* 11.1.2007

10 Robert Dreyfuss: *Devil's Game. How the United States helped unleash Fundamentalist Islam*, 2005

11 www.sueddeutsche.de 3.2.2007

12 www.taz.de 6.2.2007

13 www.telepolis.de 18.1.2007

14 DPA-Meldung vom 25.1.2007

15 www.netzeitung.de 1.2.2007

16 DPA-Meldung vom 2.2.2007